

INFO /// VEREIN EL-DE-HAUS e.V. /// #41–Dezember 2012



Newsletter – Herausgegeben vom Verein EL-DE-Haus e.V. /// EL-DE-Haus@web.de
Förderverein des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln /// www.nsdok.de
Appellhofplatz 23-25 /// 50667 Köln /// Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Konto 29 06 69-501 /// Redaktion: Hajo Leib (V.i.S.d. § 6 MDStV), Siegfried Pfankuche-
Klemenz, Martin Sölle /// Kontakt: hajo.leib@netcologne.de /// 0221 – 340 56 20.

Links: Für den Inhalt angegebener Internetseiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Veranstaltungshinweise: Termin- und Ortsangaben wie Themen sorgfältig bearbeitet, jedoch ohne Gewähr.

Neubestellung: Geben Sie uns bitte E-Mail-Adressen weiter (mit Zustimmung), an die wir unseren Newsletter – kostenlos und unverbindlich – zusenden dürfen: EL-DE-Haus@web.de.

Abbestellung: Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr wünschen, bitte unter Betreff „Abbestellung“ vermerken.

Datenschutzgarantie und Redaktionshinweis: Ihre E-Mail-Adresse wird ohne Ihre Zustimmung niemals an Dritte weitergegeben. – Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Vereins- bzw. Redaktionsmeinung.

Archiv: Alle Newsletter-Ausgaben finden Sie auch im Internet: www.nsdok.de [Menüspalte links unten: "Verein EL-DE-Haus" anklicken; dann erscheint rechts die jeweils aktuelle Ausgabe im Kleinbild; oben "Newsletterarchiv" anklicken; gewünschte Ausgabe wählen]

Pressemitteilungen des Vereins: Ebenda zu finden (Aktuell und ältere)

EL-DE-INFO NR. 41 A– EXTRA-AUSGABE 12. NOVEMBER 2012

IMPRESSUM

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31.10.2012 - Die nächste Ausgabe erscheint Mitte Dezember 2012.

Redaktion: Hajo Leib (verantwortlich). Kontakt: siehe Kopf "EL-DE-Info"

Vor einem Jahr erschütterte der politischer Skandal die Bundesrepublik Deutschland – bis heute hat sich unser Land davon nicht erholt: Die Terrorgruppe "NSU" ist verantwortlich für zehn landesweite Morde an ausländischen Mitbürgern und an einer Polizistin, für den Nagelbombenanschlag in der Keupstraße, für Banküberfälle. Obwohl den Sicherheitsbehörden die Neonazis um die "NSU" namentlich bekannt waren, obwohl ihnen die Nachrichtendienste angeblich auf der Spur waren, konnten die rechtsextremen Verbrecher offensichtlich schalten und walten, wie es ihrer NS-Ideologie entsprach. Beate Zschäpe sitzt in Haft, ihr soll im Frühjahr 2013 der Prozess gemacht werden. Die Bundesanwaltschaft hat Klage wegen mehrfachen Mordes erhoben. – Ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages tagt und arbeitet weiter: Was wussten, wissen die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden; warum haben die teuer bezahlten V-Leute nichts bewirkt oder, schlimmer noch, waren, sind sie in Verbrechen verstrickt; was und warum wird was vertuscht? Brennende Fragen, die schonungslose Aufklärung verlangen!

Aber der politische Skandal hat noch weitere Gesichter und Täter: Seit 1990 wurden 172 Menschen in unserem Land Todesopfer rechter Gewalt (Amadeu Antonio Stiftung und *stern*-Aktion "Mut gegen rechte Gewalt"). Sie waren nicht Opfer systematisch geplanter rechter Terrorserie, sondern alltäglicher rechtsextremer, antisemitischer, rassistischer, nationalistischer Überzeugungen und Handlungen – mit erschreckend niedriger Aufklärungsrate. – Es wird höchste Zeit, dass die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden wie die Nachrichtendienste endlich ihrem Verfassungsauftrag gerecht werden und den Rechtsextremismus, Rassismus und Neonazismus in Deutschland nachhaltig bekämpfen.

Die deutliche und kritische *Rede von Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln*, bietet dabei Denkanstöße und Hilfestellung. Die Redaktion empfiehlt Ihnen / Euch die Lektüre wärmstens und dokumentiert sie nachstehend im Wortlaut:

Rede von Werner Jung anlässlich der Eröffnung der Ausstellung "Die braune Falle" am 29. Oktober 2012 im Polizeipräsidium Köln



Dr. Werner Jung, Direktor des NS-DOK
© Foto: NS-DOK / Jörn Neumann

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident,
sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrter Herr Präsident des Bundesamtes
für Verfassungsschutz,
meine Damen und Herren!

In der Email, in der ich eingeladen wurde, auf dieser Veranstaltung zu reden, hieß es: Ich möge „ebenfalls zur Sache vortragen“. Dies mache ich gerne und verrate Ihnen vorneweg das von mir gewählte Thema für diesen Vortrag: „Welche Rolle kommt dem Staat (insbesondere den Sicherheitsbehörden) und der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus zu?“ oder etwas verkürzter: „Ist es Aufgabe des Verfassungsschutzes, eine derartige Ausstellung zu zeigen?“

"Ist es Aufgabe des Verfassungsschutzes, eine derartige Ausstellung zu zeigen?"

Eingeladen wurde ich ganz sicherlich wegen der langjährigen und sehr guten Zusammenarbeit zwischen dem Polizeipräsidium Köln und dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. Die Kölner Polizei hat unter ihrem damaligen Polizeipräsidenten Jürgen Roters (dem heutigen Oberbürgermeister von Köln) zusammen mit uns in den Jahren 1996 bis 2000 die Geschichte und Verstrickung der Kölner Polizei in der Zeit des Nationalsozialismus untersucht. Daraus entstanden ein umfangreiches Buch und eine Ausstellung, die wir im Jahr 2000 bei uns im

Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus, der ehemaligen Kölner Gestapozentrale, gezeigt haben. Die Ausstellung war dann über Jahre hinweg in der Polizeigeschichtlichen Sammlung in Hannover zu sehen und ist erst in den letzten Wochen nach Köln zurückgekommen. Wir werden sie gerne gemeinsam nochmals zeigen. Wie ich hörte, überlegt man erfreulicherweise, sogar einen dauerhaften Platz für die Ausstellung zu finden. Mit diesem Projekt hatte zum ersten Mal in der Bundesrepublik eine Polizeibehörde von sich aus die Initiative zur Erforschung ihrer NS-Vergangenheit ergriffen. Neben uns Historikern forschten und schrieben auch einige Polizeibeamte; Diskussionen und Führungen durch die Ausstellung gehörten ebenfalls dazu. Dies war eine große Pionierleistung, auf die die Kölner Polizei noch heute stolz sein kann.

Die gute Zusammenarbeit mit der Kölner Polizei hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt, als wir uns verstärkt auch der Auseinandersetzung mit heutigen Formen des Rechtsextremismus widmeten. Es begann zunächst 2007 mit einem „Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“, der von unserer Museumspädagogin angeregt und mit reichlich Bundesmitteln finanziert wurde. Ein Beirat von Vertreterinnen und Vertretern einschlägiger Institutionen hatte über die Anträge zu entscheiden. Und als wir uns überlegten, wer denn nun in diesem Beirat vertreten sein sollte, war von vornherein klar, dass STEP dazu gehörte, also die Abteilung „Staatsschutz gegen Extremismus durch Prävention“ hier in der Polizeibehörde. Die Kollegen von STEP haben sich mit großem Sachverstand in die Diskussionen eingebracht.

Der Kontakt zwischen NS-DOK und Polizei verstetigte sich dann seitdem seit Januar 2008 die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (kurz ibs) innerhalb des NS-Dokumentationszentrums ihre Arbeit aufnahm. Sie wurde – auf mein Anraten hin – von der Stadt als eine Dauerstelle eingerichtet. Denn die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus stellt eine Daueraufgabe einer demokratischen Gesellschaft dar und lässt sich nicht – wie es so oft zu beobachten ist – in kurzfristigen Programmen und Projekten bearbeiten, die hektisch als eine zumeist hilflose Antwort auf aktuelle Vorkommnisse und mediale Debatten darüber aufgelegt werden, – und genauso kurzfristig wieder verpuffen. Unsere Arbeit verstehen wir nicht in erster Linie gegen

etwas – gegen Rechtsextremismus – sondern als ein Eintreten für etwas – für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt und Gewaltfreiheit.

Seit 2009 ist der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus angeschlossen, die im Regierungsbezirk Köln bei rechtsextremen Vorkommnissen vor Ort berät. Sie wird über Landes- und Bundesgelder finanziert und steht damit jedes Jahr erneut vor der Überlebensfrage.

Die beiden jungen Kollegen von der Info- und Bildungsstelle mit der Mobilen Beratung haben mit ihren vielfältigen Angeboten von Workshops, Vorträgen, Veranstaltungen und mit modernen didaktischen Konzepten eine außerordentlich erfolgreiche und wichtige Arbeit entfalten können. Das Interesse an den Angeboten ist bei Jugendlichen wie bei Erwachsenen sehr groß. Ähnlich positive Arbeit wird durchaus in der gesamten Republik geleistet – von Bildungseinrichtungen, Teams der Mobilen Beratung, kleinen Verbänden, von den Bürgerinnen und Bürgern in Initiativen – also von der sogenannten Zivilgesellschaft. Es ist ein recht dichtes Netzwerk von derartigen erfolgreichen Aktivitäten entstanden, das meiner Meinung nach von der Politik nicht in einem ausreichenden Maße gewürdigt wird. Hier sind der Bund und die Länder gefordert, ein dauerhaftes Angebot sicherzustellen.

"Die Bürger haben in den letzten Jahren mehr für den Schutz unserer Verfassung und Demokratie getan, als es der staatlichen Behörde, die diesen Auftrag im Namen trägt, offensichtlich möglich war."

Doch stehen die bei der Mobilen Beratung Tätigen unter einem Generalverdacht und haben nach dem Willen des Bundesfamilienministeriums Erklärungen zu unterschreiben, dass sie auf dem Boden der Verfassung stehen. Sicherlich ist nicht jeder selbsternannter Antifaschist ein Demokrat, doch große Teile eines zivilgesellschaftlichen Engagements unter dem Generalverdacht zu stellen, wird dem Einfluss und dem erfolgreichen Wirken von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern nicht gerecht. Hier ist in den letzten Jahren mehr für den Schutz unserer Verfassung und Demokratie getan worden, als es der

staatlichen Behörde, die diesen Auftrag im Namen trägt, offensichtlich möglich war. Um auf die Kölner Polizei zurückzukommen, bleibt festzuhalten, auch zum Thema Rechtsextremismus bestand in den letzten Jahren eine gute Gesprächsebene. Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, habe ich aufgrund dieser Erfahrungen ein sehr positives Bild der Kölner Polizei – gehabt. Doch was wird der Anwohner oder die Anwohnerin der Keupstraße unweit von hier von der Kölner Polizei sagen? Die Betroffenen des Bombenanschlags von 2004, die anschließend wiederholt hier in diesem Präsidium verhört wurden, weil in Richtung organisierte Kriminalität von Türken ermittelt wurde. Was sagen also jene, die Opfer waren und als Täter verdächtigt wurden?

Und da sind wir am Punkt.

Was allgemein bei den Ermittlungen an Versäumnissen, was an Fehlern, was an Absonderlichkeiten passiert ist, brauche ich hier nicht auszuführen. Sie wissen es – wahrscheinlich sogar besser als ich. Seit vielen Monaten vergeht kaum ein Tag, an dem man sich nicht wundert. Kaum etwas, was man sich nicht vorstellen kann. Alles ist mittlerweile denkbar. Über Jahre hinweg konnten die staatlichen Sicherheitsbehörden die rechtsextreme Gefahr der Gruppe NSU nicht erkennen. Sie waren auf dem rechten Auge blind oder zumindest stark sehgestört. Was mindestens zehn Menschen das Leben gekostet hat, andere wurden schwer verletzt. Dieses Versagen in der Bekämpfung des rechtsextremistischen Terrors stellt einer der größten politischen Skandale in der Geschichte der Bundesrepublik dar – in seiner Dimension nur noch vergleichbar mit der Spiegel-Affäre vor 50 Jahren.

"Die staatlichen Behörden waren auf dem rechten Auge blind oder zumindest stark sehgestört."

Am meisten hat mich persönlich schockiert, dass auch hier bei der Kölner Polizei, die ich doch in diesen Fragen als aufgeschlossen und interessiert erlebt hatte, bei der Ermittlung grobe Fehler gemacht wurden. Auch hier wurden rechtsextreme Hintergründe nicht erkannt oder nur beiläufig nachgegangen. Wenn über viele Jahre hinweg nicht nur eine staatliche Stelle, sondern sehr viele Sicherheitsbehörden

die Gefahr nicht erkennen konnten, dann stellt sich die Frage, wodurch entstehen Strukturen und kollektive Denkmuster, die Derartiges ausblenden? Was sind bewusste oder unbewusste Vorannahmen, die die Ermittlungen lenken? Wird die Gefahr eines gewaltbereiten Rechtsextremismus hinwegdefiniert, weil man sich daran gewöhnt hat, wenn von Rechtsextremismus die Rede ist, in einem Atemzug auf den Linksextremismus zu verweisen. Gibt es einen Mangel an Informationen, an Sensibilität?

"Einer der größten politischen Skandale in der Geschichte der Bundesrepublik..."

Wenn auch im Rahmen dieser Ausstellung mit dem Titel „Die Braune Falle“ von Präventionsarbeit und Bildung gesprochen wird, dann meine ich hingegen: Der Skandal um den NSU zeigt: Der Blick ist in erster Linie nach innen zu wenden: Präventionsarbeit ist vor allem innerhalb der Behörden notwendig. Um zwar nicht, – um im Bild zu bleiben – aus der „braunen Falle“ herauszukommen, sondern aus der Falle, Braunes nicht erkennen zu können.

Ich möchte zwei Beispiele nennen: Und diese haben mit der Kölner Polizei zu tun. Der Leiter der Soko – Bosphorus –, die im Fall der Keupstraße ermittelte, war selbst noch bei seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags davon überzeugt, richtig gehandelt zu haben. Einige Monate nach dem Anschlag wurde ja in einer Kölner Straßenbahn ein Flugblatt gefunden, das gegen die Bewohner der Keupstraße hetzte und den Anschlag als „Zeichen von Protest“ bezeichnete und mit den Worten endete: „Deutsche wehrt Euch!“. Es hätte auch von „Linken“ stammen können, so wurde argumentiert – auch wenn so gut wie jeder Experte darin ein rechtsextremistisches Weltbild erkennen wird. Zumindest war doch klar, dass dies nun überhaupt nichts mit türkischem Bandenwesen zu tun hatte, wogegen ermittelt wurde. Das zweite Beispiel: Bei dem Anschlag auf ein Lebensmittelgeschäft 2001, bei dem eine junge deutsch-iranische Frau schwer verletzt wurde, schloss der Leiter der Ermittlungen einen rechtsextremen Hintergrund aus, weil es keine Hakenkreuze oder Ähnliches gegeben hätte. Auch hier wären – mit Verlaub gesagt – eine Schulung und Fortbildungen nützlich gewesen.

Um auf meine Eingangsfrage zurückzukommen: „Welche Rolle kommt dem Staat und der

EL-DE-Info Nr. 41 a – Extra-Ausgabe (12.11.2012)

Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus zu?“ Meine Antwort darauf ist eindeutig: Der Verfassungsschutz hat in Schulen und Jugendzentren oder anderen Bildungseinrichtungen nichts zu suchen. Politische Bildungsarbeit mit Ausstellungen wie dieser oder mit Comics sollte seine Aufgabe nicht sein. Die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen können andere mit professioneller Erfahrung besser. Auch zur Imagepflege und zur Legitimation seiner Arbeit und Existenz sollte politische Bildungsarbeit nicht dienen. Es wäre doch ausreichend gewesen, wenn der Verfassungsschutz seiner Kernkompetenz gerecht geworden wäre und eine rechtsextreme Terrorgruppe erkannt und Menschen vor rassistisch begründeten Morden geschützt hätte.

"Der Verfassungsschutz hat in Schulen und Jugendzentren oder anderen Bildungseinrichtungen nichts zu suchen."

Politische Bildung wie diese Ausstellung kann nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes sein. Grundsätzlich nicht. Nach diesem Skandal ohnehin nicht, weil es schwer fällt, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Und – wie ich auch sagen muss – eine solche Ausstellung ist nur bedingt dafür geeignet. Die Ausstellung möchte eine rechtsextremistische Karriere zeigen, wie rechtsextremistische Organisationen anwerben und wie man wieder aus der Szene herausfindet. Das ist jedoch nur ein kleines Segment zum Thema Rechtsextremismus und setzt sich der Gefahr aus, dass alte Stereotypen vermittelt werden. In dieser Ausstellung, die es seit Jahren gibt, wird auch bei Neupräsentation eine Puppe als Sinnbild eines Rechtsextremisten verkleidet: glatzköpfig, mit Lederjacke, Springerstiefel und Baseballschläger. Keine Frage, solche Typen gibt es in der schon gewaltbereiten rechtsextremen Szene. Genau so sahen auch Mundlos und Böhnhardt aus. Und keiner hat sie auf Fotos oder Videos als Rechtsextreme erkennen können.

Es beflügelt die Phantasien von Politikern, dass so genannte Aussteigerprogramme ein Erfolgsrezept sein können. Ich glaube daran nicht, weil in der Regel unterschätzt wird, dass man Menschen mit einem verfestigten rechtsextremistischen Weltbild nur sehr schwer von ihrem Weg abbringen kann. Dann ist es zu spät. Viel wesentlicher – sozusagen der pädagogische und gesellschaftliche Ernstfall – ist

es, Menschen erst gar nicht zu Rechtsextremen werden zu lassen. Auch mit der Ausstellung fängt man am falschen Ende an, zäumt das Pferd beim Schwanz auf. Wir können nicht erst beginnen, wenn die „braune Falle“ zugeschnappt hat.

Und: Warum sind eigentlich vor allem Jugendliche Ansprechpartner der Ausstellung, obwohl Untersuchungen zeigen, dass menschenverachtende Einstellungen unter älteren Menschen deutlich stärker verbreitet sind als unter Jugendlichen.

Das Bild vom Springerstiefel tragenden Glatzkopf führt an den eigentlichen Problemen vorbei. Wer will schon so aussehen? Es ist Gott sei Dank immer noch nur eine kleine Minderheit – so sehr sie auch zu mörderischen Verbrechen fähig ist. Der Ernstfall ist viel alltäglicher – gehört zum Lebensalltag von Jugendlichen, aber auch von Erwachsenen: Er findet am Arbeitsplatz, in der Familie, auf dem Schulhof, in der ganz „normalen“ Freizeitclique statt. Rechtsextremismus ist kein Problem der Ränder der Gesellschaft, sondern hat seine Wurzeln in der Mitte der Gesellschaft. Rechtsextreme Einstellungen zu Migranten, Juden oder Homosexuellen sind in besorgniserregendem Maße verbreitet und legitimieren in der letzten Konsequenz die Gewalt gegen Mitglieder dieser oder anderer Gruppen. Untersuchungen – beispielsweise der Friedrich-Ebert-Stiftung – zeigen, wie weit verbreitet solche Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft sind: In Ost- und Westdeutschland, in allen Altersklassen, bei Befürworter/innen von demokratischen Parteien, Gewerkschaftsmitgliedern, Kirchenangehörigen sowie bei Frauen und Männern.

"Rechtsextremismus ist kein Problem der Ränder unserer Gesellschaft, sondern hat seine Wurzeln in der Mitte der Gesellschaft."

Deswegen beginnt der Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht erst dann, wenn es bereits zu spät ist, sondern jederzeit - am Arbeitsplatz, in der Familie, im Freundeskreis. Und das gesellschaftlichen Umfeld muss stimmen: eine gelebte Demokratie, in der Toleranz und ein multikulturelles Miteinander gepflegt und in der soziale und wirtschaftliche Verwerfungen vermieden werden.

Meine Damen und Herren, nach den fürchterlichen Verbrechen des Nationalsozialismus hat sich in der Bundesrepublik Deutschland wie ein Wunder die freiheitlichste Demokratie in der deutschen Geschichte entwickeln können – weitgehend unverdient. Eine der zentralen Lehren des Nationalsozialismus ist es, dass nie wieder eine Gruppierung die Macht erlangen mag, die derartige Verbrechen verüben kann. Deswegen ist es die wesentliche Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger dieses Staates und aller staatlichen Instanzen für unsere Demokratie, für Freiheit und Menschenrechte einzutreten – jeder, dort wo er steht, und im Rahmen seiner Möglichkeiten.

Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Zwischenüberschriften von der Redaktion



Ein Report der Amadeu Antonio Stiftung. 32 Seiten mit Abbildungen, broschürt. € 5,00
ISBN 978-3-940878-12-0

Hier können Sie die Broschüre kostenfrei herunterladen:

<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/kartell-internet.pdf>